

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

42 (19.2.1932)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restauslieferung des Tagesblattes, bei gerichtlicher Beiziehung und bei Kantoren außer Kraft tritt o. Geschäftszeiten und Geschäftszeiten o. Kantoren 1. D. o. Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,50 Mark, jährlich 13,50 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Geschäftszeiten: Kantoren 1. D. Wochentage 28 o. Sonntags 10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags. Druck: Kempter, D. Baden, Jagdhausstr. 12. Redaktion: Kempter, D. Baden, Jagdhausstr. 12.

Nummer 42

Karlsruhe, Freitag, den 19. Februar 1932

52. Jahrgang

## Harzburger Kandidatennöte

### Der Hohenzollernprinz als Ueberraschungskandidat

BRN, Berlin, 17. Febr. (Eig. Meld.) Die Pressestelle der deutschnationalen Volkspartei teilt mit: Der Vorstand der deutschnationalen Volkspartei hat am Mittwoch in Berlin zu der angekündigten Sitzung zusammen. Der Sitzung des Vorstandes wohnte der in der letzten Tagung der Parteivertretung in den Parteivorstand gewählte Prinz Oskar von Preußen erstmalig bei. Herr Hugenberg begrüßte ihn auf das freundlichste und wertete seine Anwesenheit zum Parteivorstand als ein sicheres Zeichen der engen und treuen Verbundenheit der deutschnationalen Volkspartei mit dem Hause Hohenzollern.

Die Nachricht, daß Hugenberg Herrn Oskar Prinz von Preußen als Ueberraschungskandidaten gegen Hindenburg vorgezogen hat, hat wie eine Bombe eingeschlagen. In ihrem Vortrag, offen mitzuteilen, daß ein Sohn Wilhelms gerufen sei, als Mitglied des deutschnationalen Parteivorstandes an der Sitzung des Parteivorstandes teilzunehmen, hat die deutschnationale Pressestelle selbst dafür Sorge getragen, daß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese sogenannte Ueberraschungskandidatur gelenkt wird.

Im Charakter einer Ueberraschungskandidatur nicht vollständig verschwinden zu lassen, hat sich nun die deutschnationale Pressestelle zu einem Dementi entschlossen, das keines ist. Die Absicht Hugenberg's mit Oskar wird in diesem sogenannten Dementi keineswegs eindeutig bestritten. Dafür werden die tatsächlichen Pläne derer um Hugenberg weiter aufgedeckt. Es heißt in der deutschnationalen Verlautbarung:

„Was allgemein scheint überhaupt die Bedeutung des ersten Wahlganges und die dafür genannten Kandidaten etwas überschätzt zu werden. Nach Lage der Dinge kann der erste Wahlgang zu keinem endgültigen Ergebnis führen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Kommunisten und ein großer Teil der Anhänger der sozialdemokratischen Parteien für Hindenburg zum Folge leisten werden. Der erste Wahlgang verlangt somit fast eine absolute Mehrheit, das heißt etwa 18 Millionen Stimmen für den zu wählenden Kandidaten. Niemand wird annehmen, daß diese Zahl im ersten Wahlgang erreicht werden kann. Das wird schon allein durch die Stimmen, die der kommunistische Kandidat erhält, unmöglich gemacht.“

Also, mit Hilfe der Kommunisten gedenken die um Hugenberg es bis zum zweiten Wahlgang zu bringen. Im ersten Wahlgang wollen sie eine Kandidatur in der Person des Herrn Düsterberg ausstellen, der neben Hitler oder Fritsch kandidieren soll. Herr Düsterberg ist ein Kandidat, den man bei Hugenberg nicht „überschätzt“. Im zweiten Wahlgang soll dann Oskar präsentiert werden. In diesem strategischen Plan ist den Kommunisten die Rolle der Hilfsstruppe zugewiesen; sie sollen im ersten Wahlgang die Bahn frei machen für Herrn Oskar, Prinz von Preußen, den Sohn Wilhelms des Landesflüchtigen, und im zweiten Wahlgang sollen sie dann dafür sorgen, daß einer aus dem Hause Hohenzollern gewählt wird.

Oskar gehört nicht nur dem Stahlhelm an, sondern auch dem deutschnationalen Parteivorstand. An Intelligenz kann er sich weder mit Aumi, noch mit Eitel Friedrich noch mit dem Erzkronprinzen messen. Aber das gereicht ihm in den Augen derer um Hugenberg gerade zum Vorzug. Seine Sporen hat er sich in ähnlicher Weise verdient wie seine Brüder. Auch er hat sich in die Stahlhelmuniform geschmiegt und bei sogenannten vaterländischen Kundgebungen den Kameraden gemimt. Auch er ist bekannt durch die Hebräen und durch schnodderige Bemerkungen. Seine Geistesart wurde im Jahre 1928 durch einen ganz besonderen Vorfall hell beleuchtet. Damals wurden mehrere Leute gefaßt, die ein Attentat auf Stresemann geplant hatten. Es waren seine Brüder. Von ihnen stammen die Worte: „Stresemann, vermale man!“ und „Das Schwein muß gefaßt werden!“ Ihr Haupt war ein gewisser Lorenz. Er erhielt in der Untersuchungshaft einen freundlichen Brief Oskars und dazu 50 Zigaretten geschenkt. Stresemann hatte sich befremdet sehr beflissen gezeigt, um dem Erzkronprinzen die Rückkehr zu ermöglichen. Es war deshalb eine besondere Pikanterie, daß Oskar dem Attentäter, der den Freund seines Bruders töten wollte, Zigaretten schickte. Als sich in der Öffentlichkeit deswegen Lärm erhob, versuchte sich Oskar mit faulen Ausreden und falschen Anschuldigungen gegen die Justizbehörden herauszulassen. Er stand nicht zu dem, was er getan hatte. Das ist der Mann, der gegen Hindenburg kandidieren will. Der präsumtive Nachfolger für den künftigen König von Preußen. Hugenberg's Kandidat für die Reichspräsidentenschaft. Die Harzburger Front zeigt in der Tat herrliche Blüten.

## Die Vorschläge der deutschen Delegation

BRN, Berlin, 18. Febr. (Eigene Meldung.) Die deutsche Delegation in Genf hat ihre Abrüstungsvorschläge unterbreitet, die darauf abzielen, eine wirksame, alle Rüstungsfaktoren umfassende Rüstungsminderung und -begrenzung durchzuführen. Sie enthalten die wichtigsten fundamentalen Maßnahmen, die vor allem zur Verhinderung eines Angriffs wichtig sind. Die Vorschläge beruhen auf dem Grundsatz, daß künftig nur ein für alle Staaten in gleicher Weise geltendes Abrüstungssystem bestehen kann das bei Einsetzung möglichst niedriger Rüstungszahlen für alle Staaten eine gerechte und wirksame Lösung des Abrüstungsproblems ermöglichen würde. Sie tragen überdies der Notwendigkeit Rechnung, die nationale Sicherheit der Völker zu berücksichtigen. Die Delegation erklärt, daß die deutsche Regierung nur eine solche Konvention für annehmbar hält, deren Bestimmungen für sie in gleicher Weise gelten wie für die anderen Staatengruppen.

Hinsichtlich der Landstreitkräfte wird vorgeschlagen: Rekrutierung im Wege freiwilliger Verpflichtungen, wenn diese Regelung nicht durchführbar an angemessene Bewertung der ausgebildeten Reservisten und Einbeziehung in die allgemeine Wehrpflicht. Festsetzung eines möglichst niedrigen Prozentsatzes der Offiziere für alle Staaten, Begrenzung der Polizei, Gendarmerie und ähnlicher Verbände und Bestimmungen, die ihre militärische Verwendung ausschließen, Verbot von Kanonen über 77 Millimeter und Haubitzen über 105 Millimeter außerhalb von Festungen und besetzten Plätzen, von Kampfzügen usw., Verbot der Anlage und Unterhaltung von Festungen, besetzten Werken und Plätzen, die wegen ihrer Nähe zur Landesgrenze eine unmittelbare Bedrohung des Nachbarstaates darstellen.

Mit Bezug auf die Seestreitkräfte gehen die Vorschläge dahin: Die Höchsttonnage der einzelnen Schiffe ist unter gleichzeitiger proportionaler Verminderung der Gesamttonnage herabzusetzen. Kein Kriegsschiff soll künftig eine größere Wasserdrängung als 10 000 Tonnen oder ein Geschützkaliber von mehr als 280 Millimeter haben. Die Unterwasserfahrzeuge sind abzuschaffen und zu verbieten.

Es wird die Einführung folgender „Begriffsbestimmungen“ empfohlen: Linienfahrzeuge: Kriegsschiffe mit einer Wasserdrängung über 6000 Tonnen oder einem Geschützkaliber über 150 Millimeter; Kreuzer: Kriegsschiffe mit einer Wasserdrängung über 800 Tonnen oder einem Geschützkaliber über 105 Millimeter; Zerstörer: Kriegsschiffe, deren Wasserdrängung 800 Tonnen und deren Geschützkaliber 105 Millimeter nicht überschreitet. — Rekrutierung für die Marine in gleicher Weise wie für die Landstreitkräfte. Die Küstenbefestigungen können grundsätzlich in dem gegenwärtigen Umfang bestehen bleiben. Jedoch sollen Befestigungen, die natürliche Wasserstraßen beherrschen, verboten werden.

Das Halten von Luftstreitkräften zu Wasser und zu Lande soll untersagt werden, ebenso das Abwerfen von Kampfmitteln jeder Art aus Luftfahrzeugen. Die Delegation macht Vorschläge, um die Durchführung des Verbotes jeglicher militärischer Luftfahrt unter allen Umständen sicherzustellen.

Allgemeine Bestimmungen betreffen zunächst die chemische Waffe. Danach wird das Verbot der militärischen Verwendung von Giftgas, Giftgasen usw., sowie aller Mittel des Bakterienkrieges auf die Vorbereitung der Verwendung dieser Kampfmittel ausgedehnt. Die Ein- und Ausfuhr von Kriegswaffen und Munition sowie von Kriegsgeschütz ist grundsätzlich zu verbieten. Die Herstellung von Kriegswaffen und Munition sowie von Kriegsgeschütz ist zu überlassen. Der Austausch der Rüstungsangaben (Artikel 8 der Völkervereinbarung) muß sich auch auf die Rüstungsausgaben erstrecken. Die Durchführung und Einhaltung der Abrüstungsbestimmungen ist durch ein für alle Staaten gleiches Verfahren der Ueberwachung sicherzustellen.

Auf der heutigen Tagung der Abrüstungskonferenz wurden die deutschen Abrüstungsvorschläge vom Reichskanzler Brüning in längerer einbringlicher Rede begründet.

## Bestialische Mordtat

### Im Schlafzimmer der Eltern ermordet

Zu der bereits gestern mitgeteilten Ermordung des Landarbeiters August Basso in Bantau durch Nationalsozialisten wird dem SPD. weiter berichtet:

Breslau, 17. Febr. (Eigenbericht.) Bereits im Laufe des Dienstag nachmittag war es in Bantau, Kreis Kreuzburg in Oberschlesien, zu kleinen Reibereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen. Gegen 19.30 hielten die Nationalsozialisten aus Kreuzburg in drei vollbesetzten Kraftwagen Beförderung heran, diese ging dann in Bantau mit rüchsigster Brutalität gegen die andersdenkende Bevölkerung vor. Als August Basso, der Mitglied des Deutschen Landarbeiterverbandes ist, mit seiner Frau an den nationalsozialistischen Trupps vorbeikommt, stürzten sich sofort zahlreiche Nazis auf ihn. Basso klüßte, wie schon gemeldet, in die Wohnung seines Vaters. Darauf drangen unter Führung des Gutsinspektors Baumert mehrere nationalsozialistische Strohe in die Wohnung des Vaters Basso ein und schlugen diesen nieder, als er ihnen entgegentrat.

Der alte Basso, auf den mehrere Schüsse abgefeuert wurden, trug einen Streifschuss am Hals davon. August Basso hatte sich inzwischen in der Schlafkammer seiner Eltern versteckt. Er stemmte sich gegen die Tür, um das Eindringen der Nazis zu verhindern. Diese feuerten dann durch die Tür und von außen durch die Fenster mehrere Schüsse in die Kammer. Basso wurde getroffen und brach zusammen. Als er seine in die Wohnung gelangte Frau um Hilfe und Verbandzeug anrief, warf sich diese am Türschwengel dem Nazishaufen entgegen und bat flehentlich, ihren Mann gehen zu lassen.

Darauf entgegnete ihr der Führer Baumert: Machen Sie, daß Sie wegkommen, sonst kommen Sie selbst dran. Der Kerl muß verrecken! Daraufhin drückten die Nazis die Türöffnung zur Kammer ein und schlugen den am Boden liegenden, schwerverletzten August Basso mit Knüppeln und Holzschichten tot.

Dann verließen sie die Wohnung. Im Laufe des Mittwoch wurden von der Kriminalpolizei mehrere Nationalsozialisten verhaftet, die unter dem Verdacht stehen, sich an den schweren Ausschreitungen beteiligt zu haben.

## Kabinett Painlevé in Frankreich

Paris, 18. Febr. (Eig. Draht.) Der Präsident der Republik hat den radikalen Abgeordneten Painlevé am Donnerstag mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Im Laufe des Donnerstags führte Painlevé Besprechungen mit zahlreichen Politikern, darunter Laval, Tardieu, Herriot und Steeg.

Die Berufung Painlevés ist in der Kammer im allgemeinen günstig aufgenommen worden. Unter den Radikalen macht sich eine ziemlich starke Neigung zu einer Beteiligung an einem Kabinett Painlevé bemerkbar.

Beschlüsse hat die radikale Fraktion jedoch nicht gefaßt. Die zu der bisherigen Regierungsmehrheit gehörende Fraktion der radikalen Linken sprach sich in ihrer Sitzung für ein Konzentrationskabinett aus, das von einem weitherzigen Geist der Veröhnung befeuert und entschlossen sei, eine Einigung zwischen der Kammer und dem Senat herbeizuführen. Auch die Fraktion der katholischen Demokraten trat für eine solche Regierung ein.

Die Fraktion Marins nahm eine Entschlossenheit an, die sich gegen die Bildung eines Ministeriums durch Parlamentarier aussprach, die stets gegen die Regierung Lavals und gegen die Mehrheit gestimmt haben. Die Fraktion wünscht einen Ministerpräsidenten aus den Reihen der Mehrheitsparteien.

Painlevé ist trotz aller Manöver der äußersten Rechten entschlossen, zunächst die Bildung eines Konzentrationskabinetts zu versuchen, an dem die radikale und die übrigen Linksparteien beteiligt sind. Wenn ihm das nicht gelingt, will er ein Linkskabinett ähnlich dem letzten Kabinett Steeg bilden.

## Fingiertes Attentat

Der Frankfurter Zeitung wird aus Darmstadt berichtet: Darmstadt, 18. Febr. Das Attentat auf den nationalsozialistischen Abgeordneten Buttler, der bekanntlich auf der Mordspur bei Eberstadt verhaftet wurde, geht seiner Aufklärung entgegen. Die Polizei ließ die Mordspur mit Sandäcken abdämmen und Arbeiter das Nachbarn nach der Waffe durchsuchen. Am heutigen Vormittag ist nicht weit von der Brücke der noch gespannte Revolver gefunden worden. Wie der Heiße Volksfreund berichtet, hat sich auch eine weitere Zeugin gemeldet, die den Anfall hörte und Buttler zusammenschützen sah. Von einer dritten Person hat sie nichts bemerkt.

## Verchwörung gegen spanische Regierung

Madrid, 18. Febr. Die Sicherheitspolizei hat von einer Verchwörung der Sozialisten und der Anarchisten gegen verschleierte Regierungsmitglieder Kenntnis erhalten. Strenge polizeiliche Maßnahmen sind getroffen worden. Die Ministerien und die Privatwohnungen der Regierungsmitglieder werden scharf überwacht.

Präsidentenwahl und Mißtrauensanträge

W.D. Berlin, 18. Febr. Ueber die Präsidentschaftskandidatur der Saraburger Front wird, wie W.D. erfährt, erst am Donnerstagabend verhandelt, da Adolf Hitler im Laufe des Tages in Berlin eintrifft. Es wird gegenwärtig über eine ernsthafte gemeinsame Kandidatur der Rechten verhandelt. Daneben wird auch die taktische Frage erörtert, ob man nicht die Aufstellung einer Gegenkandidatur gegen Hindenburg verzögern soll, um abzuwarten, ob im Reichstag ein Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning angenommen wird.

Der Sturz der jetzigen Reichsregierung durch ein Mißtrauensvotum würde es der Rechten ermöglichen, bei der Präsidentschaftswahl für Hindenburg zu stimmen. Falls das nicht gelingt, würden die Rechten allerdings immer noch Zeit zur Aufstellung eigener Kandidaten haben. Die Reichstagsdebatte wird voraussichtlich drei bis vier Tage in Anspruch nehmen. Am Freitag der nächsten Woche würde also der Beschluß des Reichstages über den 13. März als Präsidentschaftswahltag und über die Mißtrauensanträge vorliegen.

Bei den Parteien der Mitte verkennt man zwar, wie W.D. weiter hört, nicht die Gefahr, in der das Reichskabinett steht. Man ist aber davon überzeugt, daß sich auch diesmal eine Mehrheit für Brüning finden wird. Die Deutsche Volkspartei hat allerdings bereits offiziell erklärt, daß sie auch diesmal ihr Mißtrauen aussprechen werde, um den Weg für die Bildung einer Reichsregierung freizumachen.

Auch die Haltung des Landvolks ist zum mindesten sehr zweifelhaft. Würden beide Fraktionen gegen die Regierung stimmen, so würde das Stimmverhältnis ungefähr gleich sein. Die Entscheidung wird dann an der Wirtschaftspartei liegen, die sich erst am Freitag evtl. Donnerstag entscheiden wird.

Die Sozialdemokraten warten ab, was die Rechtenpartei tun werden, sie bereiten sich jedoch auf die verschiedenen Möglichkeiten vor. Im übrigen haben jetzt sämtliche Fraktionen, die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten ausgenommen, ihre Fraktionsstimmungen für Montag oder Dienstag anberaunt.

Dr. Breitscheid über die Präsidentschaftswahl

M.B. Nürnberg, 18. Febr. (Eig. Meldung.) Bei einer öffentlichen Kundgebung der SPD sprach heute abend Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid über das Thema „Vor außen- und innenpolitischen Entscheidungen“. Der Redner beleuchtete die drei wichtigsten Ereignisse, die sich in kurzer Zeit abspielen würden; die Reparationskonferenz, die Abrüstungskonferenz und die Reichspräsidentenwahl. Die Parole der Sozialdemokratie in dem Kampf um den Reichspräsidenten lautet: Alles tun, um den Sieg des Nationalsozialismus zu verhindern. Wir müssen, erklärte Dr. Breitscheid, dem Reichspräsidenten nachsagen, daß er sein Amt loyal verwalte und nichts unternommen hat, was gegen den Sinn und den Wortlaut der Verfassung verstoßen hätte. Nicht für Brüning träten die Sozialdemokraten ein, auch nicht für Hindenburg, sondern sie ständen gegen diejenigen, die an ihre Stelle treten wollten. Auf die Niederlage des Nationalsozialismus müßten alle Kräfte konzentriert werden. Wenn dieser Feind geschlagen sei, könne man entschlossen gegen diejenigen vorgehen, die zwischen beiden Fronten, dem Nationalsozialismus und dem Marxismus hin und her schwankten und zu denen er auch den Reichswehrminister Görner nach seinem letzten Erlaß rechnen müsse. Auch die Sozialdemokraten seien davon überzeugt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Welt sich so entwickelt hätten, daß wir in Zukunft keine Reparationen mehr zahlen können, aber sie hätten sich zu lösen, daß wir nicht mehr zahlen wollen. Das hieße den Youngplan zerbrechen, und dazu hätten sie nicht die Hand.

Haushaltsplan der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung

M.B. meldet: In der Sitzung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932/33 verabschiedet. Präsident Dr. Sorau führte aus, daß für das neue Haushaltsjahr ein Jahresdurchschnitt von 5,6 Millionen Arbeitslosen zu Grunde gelegt sei. Wenn man von dieser Zahl ausgehe, so sei weiter anzunehmen, daß im Jahresdurchschnitt 1932 rund 3 250 000 Arbeitslose durch die Reichsanstalt ihre Unterstützung erhalten. Der Unterstützungssatz sei mit Rücksicht auf den Rückgang der Löhne mit einem monatlichen Durchschnitt von 53 RM je Kopf, einschließlich 4,25 RM für Kranken-, Invaliden- und Angehörtenversicherung, angelegt. Die gesamten eigenen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt erschienen im neuen Haushalt in Höhe von rund 119 Mill. RM als ausgeglichene. Die Einnahmen aus Beiträgen seien bei einem Beitragssatz von 6 1/2 v. H. mit rund 1140 Millionen RM angesetzt.

Im Durchschnitt des Haushaltsjahres 1930/31 seien etwa 4,8 Millionen Arbeitslose laufend betreut worden. Der Haushaltsplan wurde vom Verwaltungsrat einstimmig angenommen und geht nunmehr der Reichsregierung zur Genehmigung zu.

Landtagsauflösungsantrag in Sachsen abgelehnt

Dresden, 18. Febr. (Eig. Draht.) Der sächsische Landtag lehnte am Donnerstag nach einer fünfständigen Debatte das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung des Landtags ab. Mit den Kommunisten stimmten nur die Nationalsozialisten und die Deutschen Nationalen, also der ewige Dreieck für das Volksbegehren. Mit Rücksicht auf die im März vor sich gehende Reichspräsidentenwahl dürfte der nach der Ablehnung des Volksbegehrens gezielte erforderliche Volksentscheid erst im April durchgeführt werden.

Ab 25. Februar Börsenfreiverkehr in Berlin

W.D. Berlin, 18. Febr. Der Berliner Börsenvorstand, Abt. Wertpapierbörse, hat in seiner heutigen Nachmittagskammer beschlossen, die Berliner Wertpapierbörse am 25. d. Mts. für den Verkehr in Wertpapieren und in inländischen Wechseln wieder zu eröffnen und den übrigen deutschen Wertpapierbörsen die Eröffnung am gleichen Tage vorzuschlagen.

Erfolgreiche KPD-Propaganda in Kaserne

Jüchae, 18. Febr. Im Zusammenhang mit der KPD-Propaganda in der Artilleriekaserne sind bis heute früh sechs Personen verhaftet worden. Wie verlautet, haben die Hauswachen nicht viel belastendes Material zugabe gefördert. Der Nachweis einer Beteiligung von Reichswehrangehörigen an der Propaganda wurde nicht erbracht.

Das große Keinemachen Ein gigantisches Sanierungswerk

Aus Berlin wird uns geschrieben: Bis zum 23. Februar, wo der Reichstag zusammentritt, wird sich die Reichsregierung darüber klar werden müssen, wie sie das Bankenproblem lösen will. Es werden bis zu dem genannten Termin sämtliche Berliner Großbanken, mit Ausnahme der dem Reich gehörenden Reichskreditgesellschaft, die ihren Abschluß für 1931 bereits veröffentlicht hat, ihre Bilanz aufstellen müssen. Sie müssen darüber Bescheid wissen, wie sie die eingetretenen Verluste aus der Welt schaffen wollen. Ein weiteres Aufschieben der großen Bankenvereinbarung ist nicht mehr möglich. Immer dringender und verständlicher wird auch der Wunsch der Steuerzahler, zu erfahren, was die Bankenvereinbarung den Staat kostet. Endlich muß mit dem Schrumpfungstypus der Wirtschaft ein Ende gemacht werden. Mit der bisherigen künstlichen Kreditbeschränkung geht es nicht weiter.

Der bei den Großbanken bevorstehende Umbau ist das größte Sanierungswerk, das die kapitalistische Gesellschaft kennt. Es ist einzigartig, weil noch niemals der Staat so tief in das Kreditlokom eingegriffen hat, wie es hier geschehen wird. Noch sind die Einzelheiten nicht bekannt. Die Richtung aber steht fest. Danat- und Dresdener Bank werden fusioniert. Bei der Danat ist anzunehmen, daß beim Kapital und Reserven zusammen 120 Millionen Mark verloren sind. Bei der Dresdener Bank steht es etwas besser. Hier erwartet man eine Kapitalaufammenlegung von 4 zu 1, also von 100 Millionen auf 25 Millionen Mark. Auch hier ist ein Teil der Reserven verloren. Das neue große Werk braucht natürlich neue Mittel. Die Danatbank braucht mindestens 100 Millionen, die Dresdener etwa 150 Millionen, von den 300 Millionen, die der Bank vor Monaten vom Reich zur Verfügung gestellt worden sind. Die neue Großbank erhält also etwa eine Viertel Milliarde öffentliches Vermögen, um weiter arbeiten zu können. Die Fiskalnote der beiden Banken sollen zusammengelegt werden. Man rechnet, daß etwa ein Viertel der Fiskalnoten aufgegeben werden kann. Für die sächsischen und mitteldeutschen Fiskalnoten interessiert sich die Idee (Allgemeine Deutsche Kreditanstalt in Leipzig), die seit einigen Monaten mit der sächsischen Staatsbank fusioniert ist. Die freien und Bankanlehnerverhältnisse sind energisch bemüht, die Interessen der Angestellten bei der Fusion zu wahren.

Auch bei der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft (Debitant) und bei der Kommerz- und Privatbank erfolgt eine große Vereinigung. Hier sind ebenfalls enorme Verluste zu tilgen. Bei der Debitant spricht man von einer Zusammenlegung von Kapital und Reserven (285 Millionen Mark Kapital und 160 Millionen Mark Reserven) auf die Hälfte. Für die Kommerz- und Privatbank wird sich im Endeffekt kaum eine weniger scharfe Zusammenlegung ergeben (75 Millionen Mark Kapital, 30 Millionen Mark Reserven). Diese beiden Banken stehen besser, aber nicht so gut, daß sie ohne öffentliche Vermögensstützung auskommen. Auf

irgend einem Wege — wahrscheinlich über die Goldkreditanstalt, d. h. Reichsbank — soll die Debitant rund 100, die Kommerz- und Privatbank 25 bis 30 Millionen Mark öffentliche Mittel erhalten. An die Kommerz- und Privatbank soll der Farmer Bankverein, das bedeutende Bankinstitut des engeren Ruhrgebiets und in der rheinischen Kleinindustrie angehörenden werden. Solche Anschlüsse an Großbanken scheinen überhaupt die Form zu sein, in der man Wünsche von großen Provinzialbanken, ebenfalls eine öffentliche Vermögensstützung zu erfahren, berücksichtigt. Man fragt sich, woher der Staat diese gewaltigen Mittel nehmen wird. Tatsächlich gibt es für diese etwa 400 Millionen Mark nur wenige Quellen. Das Reich hat eine Rentenforderung von etwa 150 Millionen Mark an die Reichsbank. Das Reich kann auf einige Duzend Millionen Reichsbankgewinne zugunsten der Rentenfinanzierung verzichten. Darüber hinaus muß das Reich neue Schulden machen, um die Banken zu sanieren. Die Mühsamkeit, die man erwartet, sollen ja für Arbeitsbeschaffungszwecke bestimmt sein.

Wenn das Reich solche gewaltigen Summen zur Verfügung stellt, erwirbt es Rechte und hat gegenüber dem Steuerzahler Pflichten zu erfüllen. Der Staat ist schließlich nicht irgend eine mittellose Bürokratie, sondern der Steuerzahler ist der Staat, und dessen Rechte wahrzunehmen, ist der Staat verpflichtet. Es sollte an sich selbstverständlich sein, daß der Staat in demselben Maße, in dem er den Banken öffentliches Vermögen zur Verfügung stellt, Aktien und Kapitalbeteiligungen erhält. Ebenso müßte der Staat die volle Kontrolle über alle Banken erhalten, denen er hilft. Man hört aber, daß eine ausreichende Aktienbeteiligung und Kontrolle zunächst nur bei der Danat-Dresdener Bankfusion vorgezogen ist. Bei der Debitant und der Kommerzbank sollen zunächst nur Genussscheine zugunsten des Staates ausgeben werden. Wenn das der Fall sein sollte, dann darf die dem Staat zufallende Kontrolle durch diesen Unterchied nicht beeinträchtigt werden.

Die Kontrolle der Geschäftspolitik muß vollständig als notwendig sein. Das gleiche gilt für die Personalfragen. Der Staat darf in diesen Fragen nicht nachgeben, weil von ihrer sorgfältigen Lösung auch die sorgfältige Durchführung der industriellen Sanierung abhängt, die der Bankenvereinbarung folgen wird. Diese industrielle Vereinigung muß der nächste Schritt sein. Gegenwärtig liegen ja die Dinge so, daß bei den großen Banken eingetretene Kredite im Betrage von mehreren hundert Millionen Mark in der übrigen Industrie eine wahre Kreditausbrennung zur Folge gehabt haben. Die Vereinigung der Industrie, d. h. die Veranlassung der Banken und der Aktionäre zur Tilgung der Verluste kann allein neue Kredite für die übrige Industrie verfügbar machen und so den industriellen Schrumpfungstypus beenden. Auf der Seite der Banken und Industrie, was er zu tun verpflichtet ist, und zwar ohne Rücksicht auf die einseitigen Interessenwünsche, dann wird das für einen besseren Wirtschaftsverlauf von ungeheurer Bedeutung sein.

Verschärfter Chinakonflikt

China lehnt Japans Ultimatum ab

Vor japanischem Großangriff

London, 18. Febr. (Eig. Draht.) Die chinesischen Militärs haben die Forderungen des japanischen Ultimatums abgelehnt. Das Ultimatum verlangt die Zurückziehung der chinesischen Truppen in eine Entfernung von 20 Kilometern von Schanghai und die dauernde Anerkennung einer neutralen Zone um die Stadt, ferner die Zurückziehung der Wulungforts.

Mit dem negativen Ausgang der Zusammenkunft der beiden Heerführer sind die Aussichten auf den Frieden fast ganz geschwunden. Der japanische Angriff dürfte jetzt wohl vor sich gehen und die Chinesen sind nach wie vor zum Widerstand entschlossen. Die Japaner haben beschlossen, ihren Angriff auf die chinesische Stellung von Norden her zu unternehmen, und nicht die südlich der Vorstadt Schanghai und der chinesischen Linie gelegene internationale Zone als Basis zu benutzen, damit für die Chinesen kein Grund besteht, die internationale Siedlung zu beschließen. Ob sich die Japaner an diese Forderung halten, erscheint angesichts der Tatsache fraglich, daß das Gelände nördlich der Stadt von unzähligen Bajonetgräben, den sogenannten Creeks, durchzogen wird, was einen An-

griff von dieser Seite aus sehr erschwert, und vor allem sehr unluftig wäre.

England suchte durch diplomatische Noten an die chinesische Regierung anlässlich der Tötung zweier englischer Matrosen die Gefahr für seine Staatsangehörigen in der Siedlung zu vermindern. Die Beforgnis in London ist sehr groß. Neben der unmittelbaren Gefährdung der Stadt steht die Frage, wie der chinesische japanische Krieg sich auf die Handelsbeziehungen mit China auswirken werde, im Vordergrund der Ermügelungen.

Proklamation der unabhängigen Mandchurei

M.B. Tokio, 18. Febr. Die Mandchurei wurde als unabhängiger Staat in Mukden auf Grund verschiedener Beschlüsse der chinesischen Führer proklamiert. Der neue Staat soll die Provinzen Mukden, Kirin, Selungiang und den Distrikt Jehol umfassen. Das japanische Auswärtige Amt bemerkt in einem Kommentar, daß Japan nicht beabsichtigt, den neuen Staat anzuerkennen, wenn er nicht alle Garantien für seine staatliche Unabhängigkeit bietet.

Miß Slade verhaftet

Bombay, 18. Febr. Die bekannte Aktivistin Gaudhis, die Tochter des Admirals Slade, ist heute in aller Frühe verhaftet worden. Miß Slade wird sich wegen Nichtbefolgung des polizeilichen Ausweisungsbefehls vor Gericht zu verantworten haben.



Miß Slade in indischer Tracht am Webstuhl. Mabelle Slade, die Tochter eines englischen Admirals, die seit langem an der Seite Gaudhis für den Befreiungskampf Indiens wirkt, hat den Befehl erhalten, Bombay binnen 24 Stunden zu verlassen.

Friedrich August von Sachsen †

M.B. Breslau, 18. Febr. Der frühere König von Sachsen, Friedrich August, ist heute abend 22 Uhr in Sibulsenort verstorben.

Friedrich August von Sachsen wurde am 25. Mai 1865 zu Dresden als Sohn des Königs Georg und dessen Gemahlin Anna geb. Infantin von Portugal geboren. Er trat mit 12 Jahren als Leutnant in das sächsische Heer ein. 1881 heiratete er in Wien die Herzogin von Oesterreich-Toskana, Luise Antoinette Maria. Die Ehe entpflanzte sechs Kinder. Da sich jedoch später das Verhältnis der Ehegatten trübte, wurde die Ehe im Jahre 1903 geschieden. Am 15. Oktober 1904 übernahm er als Friedrich August III. die Regierung. — Der frühere König hatte während seiner Regierungszeit infolge seiner Gütmütigkeit und der Ungeschwungenheit, mit der er sich unter der Bevölkerung bewegte, große Popularität erlangt. Nach der Revolution sprach Friedrich August III. am 18. November 1918 den Thronverzicht aus. Seither lebte er auf seiner schlosslichen Besitzung Schloß Sibulsenort.

Ueber den verstorbenen ehemaligen sächsischen König sind eine Anzahl von Anekdoten im Umlauf. Am bekanntesten ist die, daß Friedrich August im November 1918 seinen Thronverzicht mit dem Satze ausgedrückt haben soll: „Macht eueren Drecks alle rein.“ Eine andere sehr amüsante Anekdote läßt Friedrich August rufen, als ihn auf dem Bahnhof in Plauen im Postlande einmal eine Anzahl Herren so denot begrüßten, als wäre Friedrich August noch immer König von Sachsen: „Ach, ich bin mit Ihnen keine Republikaner!“ Friedrich August behielt in der Tat eine sehr erhebliche Dosis von Mutterwitz, der ihn auch damals nicht verließ, als ihm kurz vor Weihnachten 1902 seine Frau mit einem französischen Lebrer ausgetrieben ist. Die Volksstimmung in Sachsen wurde damals ziemlich einmütig auf Seiten der ausgetriebenen Frau gegen Friedrich August, auf den dann auch wochenlang ganz erbittert und öffentlich geschimpft wurde, ohne daß ein Staatsanwalt eine Klage zu erheben wagte.

# Freistaat Baden

## Zehntägiges Versammlungsverbot für Nationalsozialisten und Kommunisten

### Rebenerbot gegen den ehemaligen Tschefsführer Felix Neumann

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Minister des Innern hat aus Anlaß des Zusammenstoßes zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Weinheim, wo die Nationalsozialisten den ehemaligen Tschefsführer Felix Neumann aus Frankfurt a. M. sprechen ließen, und im Zusammenhang mit den sich häufenden Störungen der öffentlichen Ordnung infolge der gegenseitigen Verhetzung zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten die Polizeiverwaltungsbehörden angewiesen, öffentliche Veranstaltungen der Nationalsozialisten und Kommunisten im Einzelfall auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung auf die Dauer von zehn Tagen (vom 19. bis einschließlich 28. Februar) zu verbieten.

Gegen den ehemaligen Tschefsführer Felix Neumann wurde für ganz Baden Rebenerbot verhängt. Wie berechtigt und notwendig dieses Verbot ist, zeigt folgender Bericht aus Weinheim:

In Weinheim a. B. kam es in einer von Nationalsozialisten veranstalteten öffentlichen Versammlung, in der

der frühere Tschefsführer Neumann-Frankfurt sprechen sollte, zu schweren Ausschreitungen. Bei Beginn der Versammlung machten Kommunisten Zwischenrufe, worauf eine regelrechte Saalschlacht entbrannte, in deren Verlauf mehr als dreißig Personen verletzt wurden.

Der nationalsozialistische Saalbesuch und Polizeibeamte drängten die Kommunisten schließlich aus dem Saal. Die Versammlung konnte dann fortgesetzt werden. Nach etwa einer Stunde wurde sie jedoch durch die Gendarmerie aufgelöst.

## Badische Haushaltnotverordnung vor dem Haushaltsausschuß

Der Haushaltsausschuß des badischen Landtags hielt am Donnerstag, den 18. ds. Mts., eine Sitzung ab, in welcher die Haushaltnotverordnung vom 9. Oktober zur Sicherung der Haushaltsverhältnisse zur Sprache kam. Zunächst wurde der Abschnitt über das Innenministerium verhandelt. Bekanntlich enthält die Haushaltnotverordnung die Bestimmung, daß der künftige Landtag aus 55 Abgeordneten zu bestehen habe. Das nähere über diese Wahl bestimmte das Staatsministerium durch Verordnung. Das Staatsministerium ließ erklären, daß es dem Landtag ein Gesetz vorlegen werde. Im allgemeinen wurden mehrere Artikel ohne Ausdrücke angenommen. Soweit jedoch Bestimmungen über den Haushalt der Gemeinden, die Bestellung der Gemeindebeamten und die Vereinigung von Gemeinden aufgerufen wurden, fanden längere Aussprachen statt.

Auf eine Anfrage des Berichterstatters, Abg. Höber (Str.), ob nicht die Übertragung der Diktaturgewalt an die Bürgermeister die Gefahr der Ausschaltung der Gemeindeorgane hervorruft, verneinte der Minister des Innern, weil hiergegen Rechtsmittel an die Staatsaufsichtsbehörde vorgehen seien. Auf eine Anfrage aus der Liberalen Volkspartei erwiderte der Minister des Innern, daß er die Aufhebung der Bürgerauschüsse nicht beabsichtigt. Allerdings werde es da und dort nötig sein, für den Stadtrat und die Bürgerausschüsse vom Staate aus Geschäftsordnungen einzuführen.

Ein sozialdemokratischer Redner erklärte, dort wo es geschäftsmäßige Gemeindeverbände sind, ist eine Befugnisübertragung des Bürgermeisters nicht zu befürchten. Man dürfe sich auch nicht in juristische Spitzfindigkeiten verlieren, um vernünftige Regelungen zu treffen.

Die Nationalsozialisten haben zu der Regelung der Gemeindebeamtenbestellung einen demagogischen Antrag eingebracht. Im ersten Satz verlangen sie größtmöglichstes Personalrecht der Gemeinde, um die Beamtengehälter herabzudrücken, im anderen Satz Staatseingriffe, besonders in den Stadtbudgeten.

Ein sozialdemokratischer Redner geißelte diese Zweipeltätigkeit und wies darauf hin, daß es gerade nationalsozialistische Gemeindebeamte wären, die entgegen den Absichten ihrer badischen Landtagsfraktion sind. Der nationalsozialistische Antrag wurde daher auch abgelehnt und durch einen besseren Antrag ersetzt.

Zu der Frage der Gemeindebeamtenbestellung hat auch der Verband der Gemeindebeamten ein Gesetz eingebracht, in welchem anerkannt wird, daß der badische Landtag im Gegensatz zu den meisten übrigen deutschen Parlamenten die Verantwortung für das erste badische Notgesetz übernommen habe. In dem Gesetz wird auch bestimmt, daß für die nebenberuflichen Gemeindebeamten bestimmt werde, daß schon bei fünfständiger täglicher Dienstzeit die Hauptberuflichkeit anerkannt sei. Nach der neuen Gemeindebestellungsverordnung waren sechs Stunden erforderlich. Dem Staatsministerium gegenüber hat der Minister des Innern, wie aus seinen Ausführungen zu entnehmen war, sich für die Erfüllung dieser Anträge ausgesprochen.

Schließlich der Vereinigung der Gemeinden brachte der Minister des Innern zum Ausdruck, daß es sich in erster Linie um eine Vorstudie gehandelt habe, um die Verhältnisse im Lande festzustellen. Allerdings sei von den radikalen Parteien unzulässige Agitationen betrieben worden.

Zu dieser Frage haben die Nationalsozialisten einen Antrag gestellt, dessen Inhalt beweist, daß die Antragsteller keinerlei praktische Sachkenntnis von der Materie besitzen. Würde diesem Antrag entsprochen werden, so könnte in dieser Frage überhaupt nichts unternommen werden.

Dem Rasenredner wurde von einem Sozialdemokraten entgegengehalten, daß das Staatsinteresse über das Kirchturnsinteresse zu stehen habe. Der Rasenredner würde jede Bewegungsfreiheit des Innenministeriums sabotieren; er wurde daher abgelehnt. Die Gesetze wegen und gegen die Vereinigung von Gemeinden, so die von Reichsminister und Kubber und des Gemeinverbands wurden der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Bei der Behandlung der Zwerghochschulen und der Studienführung der Lehrerinnen im Abschnitt Unterrichtsministerium konnte von den Sozialdemokraten anerkannt werden, daß die Regierung mit der besten Vorsicht an den Abbau der Zwerghochschulen auf dem Lande zu arbeiten ist. Die Überforderung der Lehrer müsse stark bekämpft werden. Eine schlechte Behandlung der Lehrerinnen dürfe allgemein nicht Platz greifen. Die Bestimmungen der Notverordnung können nur unter dem Zwang der heutigen Notzeit herabgesetzt werden, und auch deswegen, weil die Erträge aus dem Notgesetz Stundensubvention für die Einstellungs arbeitsloser Junglehrer verwendet werden.

Es wurden mehrere Anträge angenommen, nach welchen die Regierung erucht wird, freierwerbende Lehrkräfte alsbald durch über-

# Aus aller Welt

## Grimmige Kälte in Rußland und Polen

**Moskau, 18. Febr.** In Moskau herrscht so große Kälte, daß die Stadt auf den Straßen offene Feuer unterhält und alle Schulen für Obdachlose geöffnet hat. In Leningrad sind die Straßen wegen der Kälte fast menschenleer. Viele Fabriken mußten ihren Betrieb unterbrechen.

**Warschau, 18. Febr.** Auf der Landstraße von Warschau nach Troki wurde ein 73 Jahre alter Kaufmann auf seinem Schlitten, in der Nähe von Warschau eine blinde Frau erfroren aufgefunden. Die Grenzörter in der Nähe von Warschau und Molodocana werden von zahlreichen Wölfen, die sich bis an die Behauungen der Bauern vorwagen, unsicher gemacht. Ein auf seinem Schlitten fahrender Bauer wurde von einem Rudel hungriger Wölfe überfallen und samt seinem Pferde zerrissen. Zwei Kaufleute wurden ebenfalls von einer Herde Wölfe überfallen. Einige der Bestien sprangen auf den Schlitten, wurden aber von den mit Messern sich verteidigenden Männern verjagt.

## Folgenschwerer Straßenbahnzusammenstoß

**Oberhausen, 18. Febr.** Ein von Oberhausen kommender stark besetzter Straßenbahnwagen fuhr infolge dichten Nebels und Zusammenstoßes verschiedener unglücklicher Umstände auf den von Osterfeld kommenden Wagen auf. Der Zusammenstoß war sehr heftig. Acht Personen wurden verletzt.

## Messerstecherei auf einem japanischen Dampfer

**Brunsbüttel-Roog, 18. Febr.** Auf dem japanischen Dampfer „Saiho Maru“ kam es zwischen zwei chinesischen Heizern zu einer Messerstecherei. Einer von ihnen wurde getötet.

## Eifersucht eines Reichwehrojdaten

**Regensburg, 18. Febr.** Ein Reichwehroberführer gab auf offener Straße gestern abend auf seine Geliebte und deren Mutter mehrere Schüsse ab. Die Mutter wurde getötet, das Mädchen schwer verletzt. Darnach erschloß der Täter sich selbst.

## Tod am Radiopöfcher

**Sambura-Wilhelmsbura, 18. Febr.** Ein 50jähriger Eisenbahnbeamter hatte sich gestern mit dem Kopfhörer niedergelassen und wollte, um das Licht abzuschalten, den Bequemlichkeitshalber die Birne einer elektrischen Lampe einfach locker schrauben. Hierbei muß er in den Lichtstromkreis geraten sein. Er wurde infolge des Erdflusses sofort getötet.

## Die Schatzgräber vom Main

In Frankfurt a. M. hat sich eine interessante Schatzgräbergeschichte abgespielt. Spielende Kinder fanden in den Wassern des Mains in der Nähe der Offenbacher Schleuse auf der Frankfurter Seite eine Menge Zweimarkstücke. Durch die Freundschaft der Kinder angeleitet, waren bald auch zahlreiche Erwachsene mit der Hebung des Schatzes beschäftigt. Die inzwischen verständigte Polizei ging der Sache nach und stellte bald fest, daß die Geldstücke falsch waren. Bei weiteren Nachforschungen fand man im Main noch einen Sad mit über tausend dieser falschen Zweimarkstücke.

die sofort sichergestellt wurden. Es handelt sich um Stücke mit der Prägung A. 1925.

## Der Südfrankreich-Kanal

In Frankreich wird lebhaft das Projekt des Kanals der beiden Meere, der längs der Pyrenäen den Atlantik mit dem Mittelmeer verbinden soll, erörtert. Der Kanal soll 400 Kilometer lang, mindestens 12 Meter tief und 150 Meter breit werden. 14 Schleusen sind vorgesehen. Ein Kanal von dieser Größe könnte fast jedes Schiff aufnehmen. Bei der geplanten Ermöglichung einer Fahrtgeschwindigkeit von 14 Knoten bei Tag und Nacht wird eine Kanaldurchfahrtszeit von 24 Stunden errechnet. Gegenüber der üblichen Frankreich-Umfahrt rund um Gibraltar würde durch den Kanal eine Zeitersparnis von mehreren Tagen erreicht werden. Die Kosten für den Kanal, dessen Bauzeit auf zehn Jahre geschätzt wird, werden auf etwa 2 Milliarden Mark geschätzt.

## Aus Versehen erschossen

Infolge eines unglücklichen Mißverständnisses wurde am Eingang des Munitionslagers an den Thelenbergen bei Halberstadt in der Dunkelheit ein 23jähriger Artillerieleutnant von einem Wachtrosten angeschossen. Die Verletzungen waren tödlich.

## Revolte im Erziehungsheim

**Strausberg, 17. Febr.** In der Brandenburgischen Landeserziehungsanstalt Strausberg kam es in der letzten Nacht zu einer Revolte der Insassen. Zehn Rädelsführer wurden verhaftet und ins Strausberger Polizeigefängnis eingeliefert.

## Die Bevölkerungsbewegung der deutschen Großstädte

Die Zahl der Eheschließungen 1931 betrug nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts in den deutschen Großstädten 8,7 auf 1000 Einwohner, d. h. 1,1 auf 1000 weniger als 1930. 1929 wurde mit 10,3 auf 1000 Einwohner die höchste Heiratsziffer erreicht. Diese hohe Abnahme der Eheschließungen hat ihre Hauptursache in der allgemeinen Not zu suchen. Denn nach der Zahl der nicht heiratsfähigen Männer, die noch reiflos den vollbesten vor 1924 geborenen Jahrgängen angehören, war mindestens mit einem Gleichbleiben der Eheschließungszahl auch in den Großstädten zu rechnen. Im gleichen Ausmaß wie die Zahl der Eheschließungen hat die Zahl der Geburten abgenommen. Dagegen hat die Gesamtzahl der Sterbefälle um ein Gerignes zugenommen. Infolge des starken Geburtenrückgangs hat sich in der Gesamtzahl der Großstädte der Geburtenüberschuß weiter vermindert; er betrug 1,3 auf 1000 gegen 2,9 im Vorjahre.

## Schwierigkeiten des Zirkus Schneider

**Kom, 18. Febr.** Die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich der Zirkus Schneider in Neapel befindet, konnten bisher noch nicht behoben werden. Kapitän Schneider befindet sich gegenwärtig in Paris und es besteht die Hoffnung, daß er dort für Aufführungen im Ausstellungspalast verpflichtet wird. Inzwischen hat die neapolitanische Polizei die Heimbeförderung der Zirkusarbeiter eingeleitet. Für den Unterhalt der Tiere des Zirkus sorgt weiter der Tierzuchtverein, während der Unterhalt des Personals aus den täglichen Einnahmen für die Tierzucht bestritten wird.

## Arbeitersportler! Auf zur Kundgebung!

## Aufruf des Bundesvorstandes

Zur lückenlosen Bildung der Eisernen Front nahm der Bundesvorstand folgende Entscheidung einstimmig an:

„Der Bundesvorstand des AFB, beruht es mit Genugtuung, daß der Kampf gegen den drohenden Faschismus, dem Zerfall der Arbeiterrechte, mit großem Erfolg geführt wird in der Eisernen Front mit der Sozialdemokratischen Partei, der Gemerkchaft, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und den Arbeitersportlern. Der Bundesvorstand verpflichtet die Bundesmitglieder, sich aktiv in die Eisernen Front einzureihen und, wenn es sein muß, Leib und Leben einzusetzen für die Erhaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung und der deutschen Republik, die nur die Arbeiterschaft zu einem wirklichen Volksstaat machen kann.“

Beteiligt auch in Massen an den Demonstrationen der Eisernen Front. Stellt alle anderen Veranstaltungen zurück, wenn die Eisernen Front ruft. Heraus mit den roten Sturmabteilungen bei jeder passenden Gelegenheit. Kein Arbeitersportler darf zurücksehen.“

## Vorwärts! Durch entschlossenen Kampf zum Sieg!

Dieser Aufruf gilt allgemein für die Kundgebungen am 2. Februar. In Karlsruhe findet der Aufmarsch am morgigen Samstag abend 8 Uhr in der Festhalle statt.

In diesem Abend darf kein Arbeitersportler in der Festhalle fehlen. Wer sich davon drücken sollte — was allerdings als ausgeschlossen anzunehmen ist — der ist des Ehrennamens Arbeitersportler nicht wert. Seine Passivität ist gleichzusetzen mit Gleichgültigkeit der bürgerlichen Turn- und Sportfreize gegenüber der republikanischen Staatsverfassung und der Demokratie.

## Die Arbeitersportler müssen die Avantgarde der Eisernen Front sein!

Sammelpunkt aller Sportler um 7.30 Uhr im Volkshaus. Dorthin selbst Ausgabe der Eintrittskarten.

altere Junglehrer zu belegen, die Deputats- und Beoldungskürung für die weiblichen Lehrkräfte nach Wegfall der Notstände auszuheben und für auscheidende weibliche, sich verheiratende Beamte eine Abfindungssumme wieder einzuführen. Letzteres wird vom Staatsministerium bereits geprüft, auch hat der Unterrichtsminister die Absicht, hundert außerplanmäßige Lehrer in freierwerbende Pflanzstellen überzuführen.

Zum Abschnitt Finanzministerium haben die Regierungsparteien beantragt, die Auftritte und Beförderungsliste außer Kraft zu setzen. Dieser Antrag ist angenommen worden.

Bekanntlich hat die badische Regierung eine Verordnung erlassen, wonach die Beamten ihre Dienstbesize nach Ablauf der Dienstzeit ausbezahlt erhalten; diese Anordnung wird innerhalb zwei Jahren durchgeführt werden. Auf eine Anfrage, welche finanzielle Wirkung diese Anordnung habe, erwiderte der Finanzminister, daß die badische Staatskasse wesentliche Erleichterungen, insbesondere zur Schuldenabdeckung aus laufenden Mitteln dadurch erfahren habe und ihr andere Möglichkeiten infolge der Realsteuererre um nicht gegeben seien.

## Fahrplanbesprechung bei der Reichsbahndirektion

Bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe fand eine Besprechung statt, zur der sich Vertreter der Handelskammern Karlsruhe und Pforzheim, der Städte und Verkehrsvereine, des Badischen Verkehrsverbandes und des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands sowie Regierungsrat Dr. Geier eingefunden hatten. Aus den vorgebrachten zahlreichen Wünschen sei die Forderung nach Beschleunigung im Fernverkehr, insbesondere Beschleunigung auf der badischen Nord-Südtrasse, Einführung der Liegemotoren für Reisende 3. Klasse, wodurch man Neueinnahmen für die Reichsbahn erzielt, Aufnahme von Angaben über Regs-, Bezirks- und Rundreisefarten in den amtlichen Fahrplan, Einstellung durchgehender Kurswagen und stärkere Verwendung von Triebwagen hervorgehoben. Einen breiten Raum in den Besprechungen nahmen auch die Erörterungen über den Orts- und Bezirksverkehr ein. Reichsbahndirektor Hingabe sagte für eine Reihe der vorgetragenen Wünsche nochmalige Prüfung zu; er glaubte jedoch unter Hinweis auf den nicht unbeträchtlichen Verkehrsrückgang Neuleistungen der Bahn grundräßig nicht zulagen zu können. Er stellte fest, daß durch Zugbeschleunigung, Schaffung neuer Anschlüsse usw. fühlbare Verbesserungen eingetreten sind.

## Verorgungsamt Heidelberg bleibt erhalten

**D3. Heidelberg, 18. Febr.** Den Vorstellungen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserbinterbitten beim Reichsarbeitsministerium ist es gelungen, dieses zu veranlassen, von einer Auflösung des Versorgungsamtes Heidelberg abzusehen. Das Versorgungsamt Heidelberg bleibt also erhalten.

## Breiter Devisennotierungen (Mittelturs)

	18. Februar		17. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam . . . . .	100 fl.	170.43	170.77	170.77
Italien . . . . .	100 L.	21.88	21.92	21.92
London . . . . .	100 £.	14.49	14.53	14.53
Neuhort . . . . .	100 Sch.	4.209	4.217	4.217
Paris . . . . .	100 Fr.	16.59	16.63	16.63
Frankfurt . . . . .	100 M.	12.465	12.485	12.485
Schweden . . . . .	100 Kr.	82.17	82.33	82.17
Spanien . . . . .	100 Pes.	33.07	33.13	33.13
Stockholm . . . . .	100 Kr.	80.92	81.08	81.23
Wien . . . . .	100 Schilling	49.93	50.06	50.06

Schmerzloses Rasieren durch vorheriges Einreiben mit



**NIVEA CREME**

oder aber mit NIVEA-ÖL



### Gewerkschaftliches

**SPD Köln, 18. Febr. (Ein Draht.)** In dem Textilbetrieb von Balbus in Friedrichstal im oberbergischen Lande, den die Nazis bereits für sich erobert zu haben glauben, erhielten die Hitlerianer und Stahlhelmer zusammen bei der Betriebsratswahl 42 Stimmen, während die Gewerkschaftsjünger der Gewerkschaften 233 Stimmen auf sich vereinigten.

### Kleine bad. Chronik

#### Großer Sprengstoffdiebstahl

\* **Weinheim a. d. B., 18. Febr.** Im Forstbrevier, das im Weinsheimer Tal liegt, wurde vor einigen Tagen in das Munitionsdepot eingeschoben und insgesamt 36 Kilo Sprengstoff und 3600 Sprengkugeln gestohlen. Der oder die Täter müssen erstens gefunden sein, da es für einen Fremden nicht ohne weiteres möglich ist, zu wissen, in welchen Räumen die Sprengstoffe aufbewahrt werden. In Verbindung mit diesem Einbruch wurde von der Gendarmerie eine Razzia durchgeführt und bei mehreren Einwohnern von hier und Weinsheim Hausdurchsuchungen vorgenommen, die jedoch ohne Erfolg waren. Das Forstbrevier liegt auf badischem Gebiet, und zwar hart an der hessischen Grenze.

#### Som Juge überfahren

**D. Biebingen (Amt Bretten), 18. Febr.** Ein aus Rohrbach bei Eppingen stammender 68jähriger Mann ließ sich gestern vom Juge überfahren. Der Getötete hatte schon vor einiger Zeit die Absicht geäußert, sich das Leben zu nehmen, da er keine Invalidenrente bekomme, trotzdem er stets Marken gelobt habe. Inwieweit diese Aussagen stimmen, muß die Untersuchung ergeben.

#### Der Mörder des Gerichtsvollziehers Fäger geisteskrank

\* **Offenburg, 18. Febr.** Von südkärntner Seite erfahren wir, daß bei dem Landwirt Karl Bühler, über den am 10. November 1931 in Zell a. S. in seinem Anwesen der Gerichtsvollzieher Fäger von Offenburg erschossen hat und sich seit dieser Zeit hier in Untersuchungshaft befindet, nach dem Ergebnis der fachärztlichen Begutachtung und Untersuchung in der Heil- und Pflegeanstalt Mienau die Voraussetzungen zur Anwendung des § 51 RStGB vorliegen. Bühler leidet an einer unheilbaren Geisteskrankheit und kann infolgedessen strafrechtlich für seine Tattat nicht zur Verantwortung gezogen werden. Dagegen wird Bühler auf Grund des § 5 des Irrenfürsorgegesetzes als gemeingefährlicher Geisteskranker Zeit seines Lebens in dem gesicherten Haus der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch interniert werden.

**Waldorf (Amt Wiesloch).** Die Gendarmerie hat drei Personen wegen Wilddieberei verhaftet und bei der Hausdurchsuchung beständiges Material autane gefordert.

**Heidelberg.** Der Verwaltungsdirektor der Orfanstalt, Stadtrat Christian Stod, wird am 1. März nach Frankfurt am Main übersiedeln, um die Stelle eines Verbandsdirektors für den Verband der Krankenkassen des Freistaates Hessen und der Provinz Hessen-Nassau zu übernehmen. Aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen, war Stod Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und unter Reichswehrminister Dr. Gehler Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium. Sein Nachfolger im Stadtrat ist der sozialdemokratische Stadtverordnete Martin Jäger.

**Alfshausen bei Schwetzingen.** Nach fünfjähriger Dienstzeit in der französischen Fremdenlegation ist Matthias Kraus von hier dieser Tage in seine Heimat zurückgekehrt.

**Forstheim.** In der Reichstraße stieß ein Straßenbahnwagen mit voller Fahrt auf einen mit Kohlen beladenen Lastkraftwagen. Die Vorderwand des Straßenbahnwagens wurde völlig eingedrückt, der Lastwagen weniger beschädigt. Der Verkehr war an dieser Stelle etwa 1½ Stunden lang unterbrochen. Man mußte umsitzen. Personen kamen bei dem Unfall nicht zu Schaden.

**Eutingen (Amt Forstheim).** Das 7jährige Söhnchen des Maurermeisters Dager brach beim Spielen auf dem Eise in der Nähe der neuen Endbrücke ein und wurde etwa 80 Meter weit von den Kluten fortgeritten, bis es unter der Eisdecke wieder zum Vorschein kam. Dem zufällig in der Gegend arbeitenden Vater gelang es im letzten Augenblick sein Kind zu retten. — In

Duttensberg, Oberamt Kedarjulin, tummelten sich einige Knaben auf dem Eise der Jagst. Ein 10jähriger Junge brach ein und fand den Tod. Die Leiche ist bereits abgetragen.

**Waldorf (Amt Wald).** Im Anwesen des Robert Wertheimer brach am Donnerstag früh gegen 2 Uhr ein Brand aus, dem das ganze Wohnhaus zum Opfer fiel. Die Feuerwehr beschränkte sich darauf, die umliegenden Gebäude zu schützen. Der Gebäudeschaden wird auf 10000 RM. geschätzt, der Fabriksschaden auf 40000 RM., da große Lagerbestände mitverbrannt sein sollen.

**Mannheim.** Dichter Kaufmann aus dem Kellerraum eines Parfümeriegeschäftes, das im Gedächtnis des früheren Hotels „Kaiser Hof“, eines südlichen Gebäudes, untergebracht ist, war gestern nachmittags kurz nach halb 5 Uhr Anlaß zu einem Großalarm der Feuerwehr. Aus noch unbekannter Ursache hatten sich in dem Keller Parfümerie, Rifen, Holzwolle, Korbfasern, Karpe usw. entzündet. Die Feuerwehr ging mit Gasdruckgerät und zwei Schlauchleitungen gegen den Brand vor und hatte alsbald alle Gefahr beseitigt. Die mitten in der Stadt gelegene Brandstelle war von Tausenden Schaulustigen umlagert. Um 6 Uhr konnte die Feuerwehr wieder abziehen. Der Schaden ist nicht sehr bedeutend. — Auf dem Waldhof hat sich eine 43jährige Ehefrau, Mutter von fünf Kindern, durch Leuchtgas vergiftet. Die Verewilungsmittel soll in unglücklichen Familienverhältnissen zu suchen sein.

#### Gewinnauszug

#### 5. Klasse 38. Preussisch-Schlesische Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Zuf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II

8. Ziehungstag 17. Februar 1932  
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 100000 M. 189935	14 Gewinne zu 6000 M. 33307 61724 238109 257819 319716 354681
16 Gewinne zu 3000 M. 28054 132295 223708 227982 248958 298179 327735 355986	48 Gewinne zu 2000 M. 14187 20663 34329 6109 63552 72878 88609 89644 108404 108534 124944 149141 165274 189066 197098 213508 267238 319501 335894 342707 361141 375084 377013 394889
130 Gewinne zu 1000 M. 1259 3455 4064 9281 24087 27548 28567 32426 37887 39170 39006 80898 82285 82764 83796 87276 112350 112658 114971 118540 121094 123188 124290 124482 132648 147275 148842 151096 157840 159687 162670 164601 170891 173628 181221 188076 200721 201983 203110 213436 218498 234842 251258 255590 265168 272074 286104 297298 300391 303384 305455 309093 312843 318905 317923 319202 339817 347190 347988 350561 358727 367897 390717 396541 398881	100 Gewinne zu 500 M. 12078 12098 13383 22082 33273 34535 36847 39874 43180 47769 50039 60470 65400 74177 77736 85208 83318 89244 107802 110709 116769 123507 133612 132665 132613 133989 136843 138119 138555 139673 148897 171312 176243 176492 177391 177694 178318 181325 184627 187619 187736 199399 199673 201078 204045 208016 207105 207117 211378 217918 218338 224603 227808 227868 230681 233776 243298 244545 251138 251382 268680 272565 272854 276288 278187 285786 291254 292331 294688 296644 301078 312763 314691 316881 319024 321377 325374 326188 326651 333073 334963 338059 338184 345780 347087 347520 350589 354373 368463 372729 379561 382211 385017 387087 396172

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

8 Gewinne zu 10000 M. 17280 121564 125781 129190	12 Gewinne zu 5000 M. 35739 35852 71560 84329 209637 271300
18 Gewinne zu 3000 M. 11089 61899 74789 83434 94078 257429 325031 356727	64 Gewinne zu 2000 M. 12885 39210 39670 44762 65235 81661 115983 150387 155585 208607 228275 233408 253139 270156 282296 284589 287890 290482 293649 308588 340008 344063 346286 348470 357061 363146 379248
190 Gewinne zu 500 M. 4579 10804 15304 15660 15960 16878 22327 24181 24953 27398 31082 32082 111634 118638 122403 134649 140886 167534 170730 191805 192138 199897 235722 237346 241892 245103 248985 251774 252912 260861 267496 303926 305408 307967 310988 321447 348844 351805 353180 361388 367189 375325 376538 380313 380988 381633 384896 397237	150 Gewinne zu 100 M. 1984 5137 6390 6498 6641 23777 25764 28759 30556 42780 42991 43038 44992 47468 64822 67258 60833 61929 73944 78673 82616 85215 86788 88241 93786 114209 117639 125498 126471 132877 138979 143873 145489 147891 154347 163489 172691 176335 206198 184672 197235 189689 190592 192377 192983 193301 198084 209978 208991 210454 212098 220870 227361 232673 245127 254206 261327 262972 265234 271807 274003 276584 278366 283488 284842 286934 293283 307283 314439 324188 329157 329650 335050 336487 340245 344145 345681 348227 349037 350890 362643 371397 381469 383602 384702 387034 387636 391009 391293 395745

**Verichtigung:** In der Nachmittagsziehung vom 16. Februar 1932 wurde Nr. 219648 statt 210618 mit 500 M. gezogen.

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien je zu 500000, 2 Gewinne je zu 50000, 2 zu je 30000, 2 zu je 20000, 2 zu je 10000, 2 zu je 7500, 10 zu je 5000, 20 zu je 2500, 184 zu je 1000, 344 zu je 500, 784 zu je 300, 2154 zu je 200, 4302 zu je 100, 7018 zu je 50, 21102 zu je 400 Mark.

### Gemeindepolitik

#### Gemeinderatsbeschlüsse

#### Kleinfeinbad

Am Dienstagabend fand hier eine Bürgerauschusssitzung statt mit dem einzigen Punkt auf der Tagesordnung: Einführung der dreifachen Bürgersteuer. Leider hat auch hier die Erwerbslosenfraktion zugestimmt, daß die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Mittel für die Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung empfangenden Bürger nicht mehr ausreicht. Die doppelte Bürgersteuer und die erweiterte Biersteuer ist schon durch die Staatsaufsichtsbehörde eingeführt worden. Nun hat das Ministerium des Innern der Gemeindevorwaltung durch das Besirksamts Karlsruhe eröffnen lassen, daß die Gemeinde einen Beitrag aus dem Wohlfahrtsfonds erhalten könnte, wenn sie alle verfügbaren Steuermittel vollständig ausgenutzt, d. h. noch die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer eingeführt habe. Bürgermeister Kraus von der SPD. begründete die Vorlage nach der ihm gemachten Erklärung vom Besirksamts Kraus, daß die Gemeinde die Wohlf



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

18. Februar.

1473 \*Astronom Nikolaus Kopernikus. — 1837 \*Revolutionärer Dramaturg Georg Büchner. — 1887 \*Niederländischer Dichter Multatuli. — 1916 Kamerun wird englischer Besitz. — 1916 \*Wahlführer und Philosoph Ernst Mach. — 1919 Schwere Unruhen in Elberfeld. — 1927 Generalfreiwiliger in Schanghai. — 1927 \*Dänischer Literaturforscher G. Brandes.

## Schiefes Licht über der Landeshauptstadt

Es gibt Menschen, die bei ihren Reden und auch wenn sie schreiben immer einen gewissen frommen Augenaufschlag pflegen. Die Landeshauptstadt Badens beherbergt verschiedene solcher Größen. Bei einigen ist diese Manier echt, d. h. sie kommt von Herzen. Andere aber üben sich darin ausschließlich darum, um den Leuten zu gefallen. Zu letzterer Gattung gehört auch der Herausgeber einer hiesigen Tageszeitung. Er gibt seiner Zeitung das Gepräge. Diese Zeitung hat schon viel schiefes Licht über unsere Landeshauptstadt gebracht. Insbesondere dürfte die ländliche Bevölkerung Badens ein ganz falsches Bild von der Landeshauptstadt bekommen, wenn sie diese Zeitung liest.

Das genannte Blatt hat dieser Tage unsere Landeshauptstadt in den Verfall gebracht, der Nebenherd einer schweren „Epidemie“, die in ihrer Auswirkung mit Typhus, Cholera und Grippe genannt wird, zu sein. Unser badißches Innenministerium, das bekanntlich seinen Sitz in Karlsruhe hat, erlebte einen besonders schrecklichen Fall dieser „Epidemie“. Das besagte Blatt schreibt: „Es ist bezeichnend an dieser Krankheit, daß sich ihre Anfälle von Fall zu Fall steigern, und daß die Ernüchterung bereits schon den Keim zu neuen, gewaltigen Aktionen in sich birgt. Selbst die schwersten Enttäuschungen und hereinfallende Vermögen nicht hemmend zu wirken; man braucht immer wieder neue Sentimental, um die vorübergehenden Blamagen zu überbrücken zu können.“ Wenn das Blatt nicht die Wahrheit schreibt, dann fragt sich jedermann, warum darf man ungekürzt solche Gerüchte über die Landeshauptstadt und ihre Einwohner verbreiten und so deren Ansehen in den Rot schieben?

Zwar wird in der genannten Presse die erwähnte „Epidemie“ als harmlos hingestellt, der Bericht über den „Sturm auf die Gauleitung“ scheint aber doch mit etwas Nervosität geschrieben worden zu sein. Schließlich ist es auch keine Kleinigkeit, wenn man arsläßig einer solchen Aktion geheime Resente (Anweisungen) findet, die offenbaren, daß man die Landbewohner Badens schon dazu aufgefordert hat, die Stadtbewohner in bestimmten Fällen auszuburgern. Solche Resente werden von der „Epidemie“-Presse einfach als Briefdurchschläge, Rundschreiben usw. rezipiert. Zum Donnermetter, warum wird nicht einfach gesagt, was ist, was sich hinter diesen Schriftstücken verbirgt? Oder dürfen die Leser der „Epidemie“-Presse nicht wissen, mit welchen Mitteln man den angeblich drohenden Bolschewismus bekämpfen will?

Die nationalsozialistische Presse schreibt, „auch die Technische Hochschule in Karlsruhe gemeint. Gehört nun die Technische Hochschule dem badißchen Staat oder den Nazi? Wenn sie den Nazi gehört, dann ist der Steuerzahler der Meinung, daß die im badißchen Staatshaushalt vorgesehenen Ausgaben für die Technische Hochschule eigentlich von den Nazi auch übernommen werden müßten. Wir haben keine Lust, für ein Institut Geld herzugeben, dessen Künftiger ausgesprochene Feinde des heutigen Staates sind. Die Selbstverwaltung ist bei den Nazi verpönt, sie wird nur von den Nazi als Dirne gebraucht. Deshalb dürfte man auch nicht mehr Afro-Wahlen stattfinden lassen.

Adolf Hitler schaffte, so konnte man es kürzlich in Karlsruhe an den Plakatsäulen lesen. Die Nazi täuschen sich, wenn sie meinen, daß in Karlsruhe ein solcher Schwindel von 4000 bis 5000 Menschen gelaubt wird, wie sie auch sich immer täuschen, wenn sie Zahlen nennen.

Herr Innenminister Emil Maier hat viel und lange Geduld. Er wird in der „Epidemie“-Presse für alle möglichen und unmöglichen Dinge verantwortlich gemacht. Der Führer, das Volk und das Landblatt der politischen Märchen, machte ihn kürzlich so wieder durch Balkenüberschrift für Raubüberfälle, Einbrüche in Kirchen usw. verantwortlich. Oder soll das nur schlechte Sekundat beim Druck des Führer sein? Es gibt böse Zungen, die der Meinung sind, daß solcher Druck oft sehr zweideutig wirkt.

Antinazi.

## Reichsbanner gerüstet

Uniform- und Aufmarschverbote haben die öffentliche Tätigkeit des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eingeschränkt und es ist nicht verwunderlich, wenn die republikanische Bevölkerung diese Restriktionen der Republik und der Demokratie oftmals schwer vermisste. Daß das Reichsbanner aber lebt und auf dem Boden ist, haben nicht nur die Banden des Fröhen Genbarmeretommissars aus Hildburghausen in manchen Versammlungen gemerkt, sondern dies bewies auch die glänzend beleuchtete Genetivperlamlung, die am Montag, 15. Februar, im Volkshaus stattfand.

Der Vorsitzende konnte in seinem Jahresbericht darauf verweisen, daß eine gemaltige Arbeit geleistet wurde. Es war nicht leicht, für die Republik mit ihren breiten Massen belästigten Notverordnungen zu weichen; man verließ nicht die Haltung eines Reichsbannerministeriums, das den Todfeinden der Republik den Weg in die Reichswehr öffnet, aber trotzdem hat das unerschämte Vortreten der Nazis die Reihen füllen helfen und das Reichsbanner steht stark und geschlossen da. Wir besitzen eine wohlorganisierte Schutzaufstellung, dahinter steht die Stammformation und die neuerdings mit großem Erfolg gebildete Eisernen Front aus den Gewerkschaften und den Sportorganisationen. Dank gebührt der technischen Leitung für die mühevollen Arbeit, aber auch allen Kameraden, die jederseit zur Stelle waren, wenn es galt, einzutreten für Republik und Demokratie. Das kommende Jahr wird schwere Entscheidungen bringen, aber wir werden sie bestehen, denn hinter uns stehen die Massen, stehen nicht durch Profzen vernebelte Spießer, sondern in ihren Organisationen geklarte Menschen, die genau wissen, warum sie die demokratischen Freiheiten verteidigen.

Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß trotz der Not der Zeit und trotzdem das Reichsbanner nicht über Gelder hoher Güter verfügt, die Finanzlage gesund ist.

Der Bericht des technischen Leiters ließ besonders die Versammlung aufhorchen. Er schilderte den Stand der einzelnen Abteilungen und gab eine Uebersicht über die im letzten Jahr erfolgte Tätigkeit des Reichsbanners. Neben den größeren Veranstaltungen, wie Märsche, Versammlungen, Versammlungen, Saalkonzerte, Film „Am Westen nichts Neues“ konnte über eine äußerst rege Tätigkeit der einzelnen Formationen berichtet werden. Aufmärsche, Versammlungsführer, Versammlungen, Vortragsabende, Übungen haben die Zeit und die Kraft der Kameraden aufs stärkste beansprucht, aber immer fanden alle ihren Mann, wenn sie gerufen wurden und je mehr sie beansprucht wurden, umso größer wurde die Zahl der aktiven Kameraden und ihre Entschlossenheit, den Gegner aufs Knie zu zwingen. Wir haben die feste Zuversicht, daß der Sieg unser sein wird und wissen, daß die Republik nicht verloren gehen wird, wenn das Reichsbanner wie bisher seinen Mann steht.

Einstimmig wurde dem Vorstand und dem Kassier Entlastung erteilt und ihm durch Wiederwahl mit einigen nötigen Ergänzungen das Vertrauen der Kameraden mit der bisher geleisteten

ten Arbeit ausgesprochen. Mit einem Appell, weiter für die Freiheit der Eisernen Front zu wirken und einem Frei Willen, die Republik konnte die Versammlung geschlossen werden. Zeugnis abgelegt von der Schlagkraft und der Tätigkeit des Reichsbanners in Karlsruhe.

An alle Republikaner ergeht aber der Ruf: Schließt euch dem Reichsbanner an, führt die Front der Kämpfer für Republik und Freiheit, umso eher wird der Nazispot verschwinden und es wird mit dem deutschen Volke aufwärts gehen.

## Wucherische Zinsforderungen

Vor dem Amtsgericht hatte sich ein 66jähriger Verrenteter wegen Wucher zu verantworten. Der Angeklagte lebte in Karlsruhe und hat auf sein Grundstück in der Straße eine Hypothek von 6000 M aufgenommen, die ihm zu einem anfänglichen Zinssatz von 18 Prozent gewährt wurde, der aber sehr rasch auf ein übliches Maß von 7 1/2 Prozent herabgesetzt wurde. Dieses entnommene Geld hat er dann wieder an Privatleute weitergegeben. In Zeltungsangelegenheiten hat er sich als Geldgeber an. Die Zinsen für die Kapitalien ließ er die Geldgläubiger selbst bestimmen. Der Kaufmann forderte er für einen Betrag von 200 M 10 Prozent an monatlichen Zinsen, so daß der Geldleiher bereits nach einem Jahr den Betrag von 240 M an Zinsen bezahlt hat. Das bedeutet einen jährlichen Zinssatz von 120 Prozent. Acht Zeugen sind vorhanden. Alle haben Geld geliehen. Der durchschnittliche Zinssatz 60 Prozent im Jahr. Der Angeklagte bestritt, sich Schulden zu machen zu haben und beruft sich dabei auf eine Entscheidung des Reichsgerichts vom August 1924, wo ein Zinssatz von 7 Prozent im Monat als angemessen gilt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß gerade im Jahr 1924 kurz nach der Stabilisierung der Reichswährung das Geld außerordentlich knapp war und sich die Zinssätze sehr rasch ändern. Bereits im Jahre 1925 konnte oder von solchen Zinssätzen keine Rede mehr sein, die unmittelbar darauf wieder normale Höhen erreichten. Weiter entwidmet sich der Angeklagte damit, daß ihm die Notlage der Geldleiher nicht bekannt war. So ungläubig das klingt, küßt sich das Gericht doch in die Augen. So ungläubig das klingt, küßt sich das Gericht doch in die Augen. So ungläubig das klingt, küßt sich das Gericht doch in die Augen. So ungläubig das klingt, küßt sich das Gericht doch in die Augen. So ungläubig das klingt, küßt sich das Gericht doch in die Augen.

Das Gericht kam aber nur in zwei Fällen zu einer Verurteilung. Der Unterjüngling erhielt eine Geldstrafe von 280 M, die durch Unterjünglinghaft als verbüßt gelten. Weiter wird er zu einer Geldstrafe von 200 M verurteilt. In zwei Fällen erkennt die Unterjünglinghaft als verbüßt. Die Ausbeutung der Notlage der Geldleiher wird als Verurteilung der Unterjünglinghaft an. Man wundert sich über das Urteil und bedauert, daß es so niedrig ist.

( ) Bürgersteuer der lohnsteuerfreien Arbeitnehmer. Wir meinen unsere Leser auf die im Anzeigenteil unserer heutigen Ausgabe veröffentlichte Bekanntmachung des Stadtrechners besonders aufmerksam. Nach dieser neuen Vorchrift wird vom laufenden März ab in allen Fällen, in denen Arbeitnehmer im Jahre 1930 kommen- oder lohnsteuerpflichtig waren, jetzt aber infolge des sinkens ihrer Einkünfte vom Lohnsteuerabzug befreit sind, die der Steuerkarte angeordnete Bürgersteuer auf die Hälfte ermäßigt. Diese Ermäßigung, die vor allem sehr vielen Kurzarbeitern zugute kommen wird, ist vom Arbeitgeber bei der Lohnsteuerzahlung zu berücksichtigen; einer besonderen schriftlichen Ermächtigung hierzu durch die Stadtkassawirtschaft bedarf es nicht.

## AUFRUF!

Samstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr im großen Saal der städtischen Festhalle, große

# Kundgebung der „Eisernen Front“

Diese Kundgebung muß sich zu einer gewaltigen Demonstration gegen den Faschismus gestalten.

Es marschieren auf:

Die Hammerschafften aus den Reihen der einzelnen Gewerkschaften, Arbeiter, Angestellten und Beamtenorganisationen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Republikaner!

## Heraus zur Kundgebung gegen den Faschismus



Es gibt kein Zurückstehen.

Da die organisatorische Einteilung der „Eisernen Front“ nach den von der Partei eingerichteten Bezirksorganisationen aufgezogen ist, treffen sich die Angehörigen der „Eisernen Front“ in den Bezirkslokalen der Partei, von dort aus erfolgt der Abgang zur Versammlung.

Eintritt frei!

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
- Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Karlsruhe
- Arbeiter-Sängerkartell
- Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
- Stadtausschuß für Arbeitersport und Jugendpflege





